

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Cornelia Hirsch, Dr. Petra Sitte, Monika Knoche, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 16/8724 –**

### **Informationsarbeit der Bundeswehr an den Schulen**

#### **Vorbemerkung der Fragesteller**

Im November 2008 begeht die Bundeswehr das 50. Jubiläum der Jugendoffiziere. Jugendoffiziere sind ein zentraler Bestandteil der Öffentlichkeitsstrategie der Bundeswehr. Derzeit sind 94 hauptamtliche Jugendoffiziere im Einsatz, die im Jahr 2007 6 601 Veranstaltungen im Bundesgebiet durchgeführt haben und dabei 172 942 Schülerinnen und Schüler erreicht haben. Zur Aufgabenstellung der Jugendoffiziere gehört u. a. die Vermittlung der diversen Aspekte der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in den Schulen, die Betreuung von Lehrerinnen und Lehrern oder die Präsentation der Bundeswehr auf Fach- und Verbrauchermessen. Die Arbeit der Jugendoffiziere war seit Anbeginn nicht unumstritten. Zivilgesellschaftliche Akteure wie Gewerkschaftsgliederungen oder Jugendverbände kritisieren vor allem, dass die Informationsarbeit der Jugendoffiziere an den Schulen faktische Rekrutierungseffekte aufweist. Zudem müsse die Vermittlung politischer Bildung durch Angehörige der Bundeswehr als interessenbesetzt und unausgewogen angesehen werden. Zivilgesellschaftliche Konfliktlösungsstrategien könnten von Militärangehörigen nicht glaubhaft vermittelt werden.

#### **Vorbemerkung der Bundesregierung**

Die Bundesregierung legt Wert darauf, den Antworten im Einzelnen grundsätzliche Bemerkungen voranzustellen:

Informationsarbeit im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) ist Teil der Informationsarbeit der Bundesregierung.

Die Informationsarbeit des BMVg und der Bundeswehr informiert über Entscheidungen und Absichten des BMVg sowie über Auftrag, Aufgaben und Einsätze der Bundeswehr. Informationsarbeit verdeutlicht die Einbindung der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft auf der Grundlage und zum Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie verankert die Notwendigkeit der Verteidigung als Staatsaufgabe im öffentlichen Bewusstsein und erklärt die sicherheitspolitischen Entscheidungen.

Die Informationsarbeit des BMVg bezieht alle Aspekte der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie des Auftrages und des Aufgabenspektrums der Bundeswehr ein. Sie wendet sich an die nationale und internationale Öffentlichkeit, an identifizierte Zielgruppen und Multiplikatoren in der Bevölkerung und an die Soldatinnen und Soldaten, die Reservistinnen und Reservisten sowie an die Zivilbeschäftigten der Bundeswehr.

Als Teil der Informationsarbeit richtet sich die Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr an die gesamte Öffentlichkeit und insbesondere an ausgewählte Zielgruppen wie Arbeitgeber/Arbeitgeberinnen, Lehrkräfte, Bildungsinstitutionen, Jugendliche, Mandatsträger/Mandatsträgerinnen sowie in der politischen Bildungsarbeit tätige Verbände, Organisationen und Gruppen.

Öffentlichkeitsarbeit wird im Wesentlichen durch die Nutzung von Medien, durch Seminare, durch die Beteiligung an Veranstaltungen Dritter, durch den Einsatz hauptamtlicher Jugendoffiziere (HAJgdOffz), durch die Zusammenarbeit mit Institutionen der politischen Bildungsarbeit und mit berufsständischen Organisationen, durch die Beteiligung an nationalen Messen und Ausstellungen, durch mobile Mittel, Informationsbesuche bei der Truppe, durch Informationsveranstaltungen für zivile Führungskräfte und Multiplikatoren und durch POL&IS-Seminare (Politik und Internationale Sicherheit) realisiert.

Marketingmaßnahmen und deren Kommunikation im Sinne einer zielgruppenorientierten nachwuchswerblichen Information über den Arbeitgeber Bundeswehr sind nicht Teil der Informationsarbeit der Bundeswehr. Ein entsprechender Erlass (VMBI 1975, S. 519, Nr. 14a „Tätigkeit der Jugendoffiziere und Jugendunteroffiziere der Bundeswehr im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit in Verteidigungsfragen“) regelt: „Jugendoffiziere/-unteroffiziere bearbeiten verteidigungs- und sicherheitspolitische Themen und nehmen fachlich Stellung. Sie betreiben keine Nachwuchswerbung, sondern verweisen Bewerber und Interessenten an die dafür zuständigen Stellen“.

Alle Maßnahmen der zivilen und militärischen Personalbedarfsdeckung obliegen den ministeriellen Abteilungen Personal-, Sozial- und Zentralangelegenheiten (PSZ) und Wehrverwaltung, Infrastruktur und Umweltschutz (WV).

Die Informationsarbeit des BMVg und der Bundeswehr entspricht damit den Ansprüchen des Artikels 5 des Grundgesetzes (Meinungs- und Pressefreiheit), Artikel 65 des Grundgesetzes (Politische Gesamtverantwortung des Ministers/Ministerin für sein/ihr Ressort), den Bestimmungen des Soldatengesetzes und anderen rechtlichen Bestimmungen. Darüber hinaus ergibt sich die verfassungsrechtliche Verpflichtung zur Information des Bürgers und damit auch der jungen Generation aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG; Entscheidung vom 2. März 1977).

1. a) Wo lagen bzw. liegen geographische Schwerpunkte der Besuche, bzw. werden Schulen in allen Bundesländern gleichermaßen besucht?

Alle Schulen werden in den 16 Bundesländern gleichermaßen besucht, sofern der für die Region verantwortliche hauptamtliche Jugendoffizier (HAJgdOffz) eine Einladung in eine Schule erhält.

- b) Werden mehr Schulen im ländlichen Raum oder mehr Schulen in Städten und Großstädten besucht (bitte mit Begründung)?

Im Vergleich zu Schulen in Städten und Großstädten wurden nicht mehr Schulen im ländlichen Raum besucht.

2. a) Auf welche Jahrgangsstufen konzentrieren sich die Jugendoffiziere bei ihren Besuchen (bitte mit Begründung)?

Die HAJgdOffz informieren junge Staatsbürger ab 14 Jahren in allen allgemein- und berufsbildenden Schulen beginnend in der 9. Jahrgangsstufe (siehe VMBI 1975, S. 518, Nr. 6). Es liegt kein besonderer Fokus auf bestimmten Jahrgangsstufen oder Schularten.

- b) Werden Inhalte und Darstellung bei den Besuchen je nach Schultyp unterschiedlich gestaltet?

Wenn ja, in welcher Form, und warum?

Die HAJgdOffz führen vor dem Schulbesuch mit dem jeweiligen Fachlehrer ein Vorbereitungsgespräch über den Wissens- und Kenntnisstand der Schulklasse, die Themenwünsche der Schüler bzw. des Lehrers sowie die methodisch-didaktische Aufbereitung und mediale Präsentation im Rahmen der Informationsveranstaltung. Diese Vorbereitungen schließen eine Zielgruppenanalyse ein. Die Inhalte werden auf Grundlage dieser Informationen in Sprache und Darstellung an die jeweilige Schulform sowie Jahrgangsstufe angepasst.

3. a) Welche Qualifikationen und Kompetenzen müssen die Jugendoffiziere vorweisen?

Das Anforderungsprofil an den HAJgdOffz umfasst ein abgeschlossenes Hochschulstudium, eine Führungsverwendung in der Truppe nach dem Studium als Zugführer, die beim Verwendungs- und Funktionslehrgang für nebenamtliche Jugendoffiziere (Grundlehrgang) an der Akademie für Information und Kommunikation (AkBwInfoKom) nachzuweisende Qualifikation für die Öffentlichkeitsarbeit und Fremdsprachenkenntnisse. Am Ende des Lehrgangs werden unter Anlegung der Schlüsselkriterien persönliche Integrität, soziale und kommunikative Kompetenz jene Offiziere ausgewählt, die in einem Aufbaulehrgang an der AkBwInfoKom zu HAJgdOffz ausgebildet werden. Hierbei werden ihre kommunikativen Kompetenzen sowie Fachinhalte zu Fragen von Frieden und Sicherheit vertieft.

- b) Beinhalten die vorzuweisenden Qualifikationen der Jugendoffiziere auch Kenntnisse im Bereich der Pädagogik und Didaktik?

Ja, die vorzuweisenden Qualifikationen beinhalten auch Kenntnisse im Bereich der Pädagogik und Didaktik.

- c) In welcher Form werden diese Qualifikationen und Kompetenzen überprüft?

Auf die Antwort zu Frage 3a wird verwiesen, ergänzend:

Eine Überprüfung erfolgt durch die Dienstaufsicht der Vorgesetzten der HAJgdOffz und bei regionalen fachlichen Weiterbildungen. Darüber hinaus werden die HAJgdOffz durch das Streitkräfteamt jährlich in zwei mehrtägigen Tagungen fachlich weitergebildet.

4. a) Welchen Stellenwert hat der Einsatz von Jugendoffizieren für die Vermittlung der sicherheitspolitischen Vorstellung der Bundesregierung sowie für die Verbesserung des Images der Bundeswehr, und wie beurteilt die Bundesregierung den Erfolg der Arbeit der Jugendoffiziere?

Die Bedeutung der verantwortungsvollen Aufgabe der HAJgdOffz ergibt sich aus den oben vorangestellten grundsätzlichen Bemerkungen.

Die Arbeit der HAJgdOffz hat sich aus Sicht der Bundesregierung bewährt und dazu beigetragen, den offenen Dialog mit der Jugend zum Themenbereich Frieden und Sicherheit zu fördern.

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages (WBdBT) schreibt in seinem Jahresbericht 2006: „Es sind die Jugendoffiziere, die in vielfältigen Begegnungen mit Schülern und Studenten deren Einschätzungen und Wertvorstellungen zur Bundeswehr und zu unserem Staat als Akteur in internationalen Friedensmissionen erfahren. (...) Bei meinen Begegnungen mit Jugendoffizieren der Bundeswehr habe ich stets den Eindruck gehabt, dass sie den Heranwachsenden mit Sachverstand und auch auf deren Wellenlänge zu begegnen vermögen.“

Diese Einschätzung wird von der Bundesregierung uneingeschränkt geteilt.

- b) Welche Messkriterien legt sie hierbei an?

Die Jahresberichte der HAJgdOffz erlauben eine gute Analyse zur Zusammenarbeit mit Schulen, Organisationen und anderen Institutionen.

Die vielfältigen Rückmeldungen von Schülern, Lehrkräften, Multiplikatoren, Abgeordneten des Deutschen Bundestages und auch Verfassungsorganen wie dem WBdBT bestätigen den eingeschlagenen Weg und dienen der kontinuierlichen Evaluierung.

- c) Wie ist es mit dem Auftrag der Schulen zu vereinbaren, dass die Jugendoffiziere die Schülerinnen und Schüler nicht dazu anregen sollen, über Für und Wider militärischer Streitkräfte zu reflektieren, sondern lediglich die sicherheitspolitischen Vorgaben ihres Auftraggebers, also des Bundesministeriums der Verteidigung, darstellen?

Die in der Fragestellung anklingende Unvereinbarkeit zwischen Schulauftrag und Einsatz von HAJgdOffz wird durch die Bundesregierung ebenso wenig geteilt wie die Vermutung, dass Jugendoffiziere lediglich die sicherheitspolitischen Vorgaben ihres Auftraggebers darstellen (siehe auch Antwort zu Frage 7a). Der Einsatz der HAJgdOffz als externe Experten für sicherheits- und verteidigungspolitische Fragestellungen erfolgt stets im Rahmen des Unterrichtskonzeptes des anfragenden und den HAJgdOffz im Unterricht begleitenden Lehrers.

5. Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit des Bundesverteidigungsministeriums mit der Kultusministerkonferenz?

Das BMVg informiert die Kultusministerkonferenz regelmäßig über die Arbeit der HAJgdOffz durch die Jahresberichte.

6. a) In welcher inhaltlichen und organisatorischen Form findet eine Zusammenarbeit der Bundeswehr mit den Schulbehörden der Länder statt (bitte nach einzelnen Ländern detailliert auflisten)?

In jedem Bundesland gibt es einen Bezirksjugendoffizier, der den Kontakt auf der Arbeitsebene zu den Schulaufsichtsbehörden bis hin zum Kultusministerium hält und die Angebote der Jugendoffiziere kommuniziert.

Die Informationsangebote der HAJgdOffz werden zum Teil in den Amtsmittellungen der Schulaufsichtsbehörden oder auf den Bildungsservern der Schul- oder Kultusministerien veröffentlicht. Sie umfassen sicherheitspolitische Seminare für Lehramtsanwärterinnen/Lehramtsanwärter, Lehrerinnen/Lehrer und Schulrätinnen/Schulräte. Hierüber entscheiden die zuständigen Landesministerien.

- b) Gibt es Kontakte der Bundeswehr zu Elternräten und Gewerkschaften, und wenn ja, wie sind diese beschaffen?

Nein, zu Elternräten gibt es keine Kontakte.

Zu Gewerkschaften gibt es vereinzelte Kontakte, die zu sporadischen Seminarteilnahmen führten.

7. a) Wie wird sichergestellt, dass die Arbeit der Bundeswehr an den Schulen den Vorgaben des Beutelsbacher Konsens gerecht wird?

Die Grundprinzipien des Beutelsbacher Konsens sind Grundlage der Politischen Bildung in der Bundeswehr (siehe Zentrale Dienstvorschrift ZDv 12/1: Politische Bildung in der Bundeswehr, Kapitel 1, Nr. 115). Sie sind integraler Lehrinhalt der Ausbildung der nebenamtlichen/hauptamtlichen Jugendoffiziere an der AKBwInfoKom.

- b) Welche Rolle spielen zivilgesellschaftliche Konfliktlösungsstrategien in der Informationsarbeit der Bundeswehr?

Die Informationsarbeit der Bundeswehr berücksichtigt alle Konfliktlösungsstrategien. Der umfassende, vernetzte Sicherheitsansatz gehört zu den Grundprinzipien sicherheitspolitischen Handelns der Bundesregierung.

8. a) Wie viel Geld wurde für die Informationsarbeit der Bundeswehr an den Schulen von 2002 bis 2007 zur Verfügung gestellt (bitte nach Jahren, Personal- und Materialkosten einzeln auflisten)?

Die jährlichen Personalkosten für die 94 HAJgdOffz belaufen sich seit 2002 auf durchschnittlich 4 Mio. Euro. Eine Kostenaufteilung auf den reinen Schuleinsatz ist nicht möglich.

Für Veranstaltungen mit Schulen in Form von Projekten, POL&IS-Seminaren und anderen Seminarveranstaltungen (z. B. Tagesseminare/Berlinseminare) wurden im Zeitraum jährlich durchschnittlich rund 79 000 Euro aufgewandt.

Die Arbeitsgemeinschaft „Jugend und Bildung e. V.“ gibt in 2006 und 2007 mit dem COMENIUS-EduMedia Siegel der Gesellschaft für Pädagogik und Information e.V. als pädagogisch besonders wertvoll ausgezeichnete Unterrichtsmaterialien in Form eines Schüler- und Lehrhefts mit dem Titel „Frieden & Sicherheit“ heraus. Die Inhalte werden auch über einen Onlineauftritt unter [www.frieden-und-sicherheit.de](http://www.frieden-und-sicherheit.de) kommuniziert. Das BMVg berät fachlich und beauftragt einen Verlag mit Gestaltung, Druck und bundesweitem Versand. Für diese Kooperation wurden im Zeitraum jährlich durchschnittlich 223 000 Euro aufgewandt.

Das BMVg hat 2006 auf Anregung des „Instituts für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht“ (FWU) einen Film mit dem Titel „Die Bundeswehr – Heute und Morgen“ produzieren lassen. Die FWU stellt im Auftrag der Kultusministerien der Länder audiovisuelle Medien für den Einsatz in den Schulen bereit. Die Kosten für die Produktion lagen bei rund 75 000 Euro.

b) Wie viel Geld ist für 2008 vorgesehen?

Die jährlichen Personalkosten für die HAJgdOffz belaufen sich 2008 auf rund 4,5 Mio. Euro. Für die unterschiedlichen Veranstaltungsformate sind rund 75 000 Euro vorgesehen.

Für das Vorhaben „Frieden & Sicherheit“ im Projektzeitraum 2008/2009 mit Neuerstellung eines Lehrer- und Schülerhefts wurden 330 000 Euro eingestellt.

9. a) Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen die Schulleitung oder einzelne Lehrkräfte die Unterstützung von Jugendoffizieren im Unterricht abgelehnt haben?

Wenn nein, wird die Kooperation mit dem schulischen Lehrpersonal in Bezug auf diese möglichen Reaktionen evaluiert?

Ja

10. Haben Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, die Teilnahme an Informationsveranstaltungen der Bundeswehr zu verweigern?

Wenn ja, kann die Bundesregierung sicherstellen, dass Schülerinnen und Schüler über diese Möglichkeit informiert werden?

Wenn nein, warum nicht?

HAJgdOffz der Bundeswehr werden durch den für die Unterrichtsgestaltung verantwortlichen Lehrer als externe Experten eingeladen.

Die Verantwortlichkeiten und damit auch Zuständigkeiten für die Befreiung von einer Schulveranstaltung obliegen ausschließlich der einladenden Schule/ dem Lehrpersonal.

11. a) Welchen weiteren Einfluss nimmt die Bundeswehr an Schulen und im Unterricht wahr (z. B. Gestaltung von Lehrmaterialien)?

Auf die Antwort zu Frage 8a wird verwiesen.

- b) Wie bewertet die Bundesregierung diesen Einfluss, und welche Erkenntnisse hat sie darüber, welchen Gebrauch die Schulen von den angebotenen Lehrmaterialien machen?

Auf die Antwort zu Frage 8a wird verwiesen, ergänzend:

Die genannten Schüler- und Lehrerhefte des Projekts „Sicherheit & Frieden“ werden auf Anfrage von Schulen bzw. Lehrern versandt. In 2007 sind von den Schulen mehr als 325 000 Schüler- und über 16 000 Lehrerhefte für den Unterricht bestellt worden.

Die Bundesregierung bewertet die Nutzung aller bereitgestellten Materialien für den Unterricht als gewinnbringend. Dies wird sowohl durch die Nutzerfrequenz wie auch die unter Frage 8a genannte Auszeichnung der Unterrichtsmaterialien bestätigt.

12. Welche Überlegungen haben dazu geführt, dass die Jugendoffiziere im Jahr 2007 die Einsätze an Haupt- und Realschulen gesenkt und die Einsätze an Gymnasien und Berufsschulen erhöht haben?

Ist beabsichtigt, diesen Trend fortzuführen?

Die HAJgdOffz haben die Einsätze an den Haupt- und Realschulen nicht gesenkt; die Nachfrage dieser Schulen ist 2007 gegenüber 2006 geringer ausgefallen.

13. Welche Bedeutung haben Haupt-, Real-, Berufs- und Gymnasialschüler jeweils für den Personaleränzungsbedarf der Bundeswehr und für die personalwerbliche Tätigkeit, und welche Unterschiede gibt es hierbei zwischen alten und neuen Bundesländern?

Die Bedeutung von Schülerinnen und Schülern ergibt sich aus der Festlegung der Zielgruppe für die Personalwerbung und -gewinnung. Zur Zielgruppe gehören junge Männer und Frauen vom 17. Lebensjahr bis zum höchst zulässigen Einstellungsalter. Im Vordergrund stehen junge Menschen, die sich in der Berufsorientierungs- bzw. Berufsausbildungsphase befinden.

14. Inwiefern fließen die Erfahrungen der Jugendoffiziere bei der Konzipierung der personalwerblichen Tätigkeiten der Bundeswehr ein, und welche Einrichtungen der Bundeswehr sind an der entsprechenden Verwertung der Erfahrungen der Jugendoffiziere beteiligt?

Auf die vorangestellten grundsätzlichen Bemerkungen wird verwiesen, ergänzend:

Da alle Jugendoffiziere keine Personalwerbung betreiben und eine inhaltlich andere Aufgabenstellung haben, sind deren Erfahrungen für die Personalwerbung nicht verwertbar.

